

Spione und Stalinopfer

Die Rolle österreichischer Zivilisten in ausländischen Nachrichtendiensten in Österreich 1950–1953

Von Dieter Bacher und Harald Knoll

Bereits während des frühen Kalten Krieges war das Staatsgebiet der Republik Österreich für Nachrichtendienste aus Ost und West ein wichtiges Operationsfeld. Seine geographische Position in Mitteleuropa unmittelbar am »Eisernen Vorhang« und seine politisch-militärische Konstellation (seine neutrale Position zwischen den beiden Blöcken der NATO und des Warschauer Paktes) verschafften Österreich in den Planungen der ausländischen Nachrichtendienste eine Schlüsselrolle. Die Dienste sahen Österreich als Tor zum Westen beziehungsweise umgekehrt, zudem galt Wien als lohnender Standort für Fernmeldeaufklärung.¹

Für die Jahre 1945 bis 1955, in denen Österreich unter der Besatzung der vier alliierten Siegermächte stand, kam ein weiterer Faktor hinzu: Zu dieser Zeit verfügten die Nachrichtendienste Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion über gute Verwaltungsstrukturen und einen militärischen Apparat in Österreich, was nachrichtendienstliche Planungen und Aktionen erheblich erleichterte. Zugleich aber kam es natürlich ab den späten vierziger Jahren zu einer Frontstellung entlang der Grenzen der vier Besatzungszonen, insbesondere zwischen den Besatzungsmächten Frankreich, Großbritannien und USA einerseits und der Sowjetunion andererseits. Die Feststellung Harald Irnbergers von 1983, daß die »Hauptkampflinien« der Nachrichtendienste aus Ost und West zwar quer durch Österreich verliefen, aber nicht »*primär gegen Österreich gerichtet*« waren, trifft also auf die Besatzungszeit im besonderen zu.²

Die Nachrichtendienste der Besatzungsmächte und ihre Aktivitäten – ein Überblick

Jede der Besatzungsmächte operierte auf dem Gebiet Österreichs mit mehreren Diensten zugleich, die teilweise sogar ähnliche Aufgabenstellungen hatten. Seitens der So-

wjetunion waren hier bis 1946 der NKVD, der NKGB und die GUKR »Smerš« des Volkskommissariats für Verteidigung und ab 1946 der MGB und der MVD aktiv.³ Parallel dazu erfolgten Aktivitäten der Hauptverwaltung für Aufklärung des Generalstabes der Roten Armee (GRU).⁴ Eine besondere Rolle hinsichtlich der in Moskau hingerichteten Österreicher spielte die von 1946 bis 1953 existente Hauptverwaltung für Gegenespionage des MGB der Zentralen Gruppe der Streitkräfte (GUKR MGB CGV). Dieser unterstand auch das Untersuchungsgefängnis in Baden bei Wien, in dem die meisten der wegen Spionage verurteilten Österreicher bis zu ihrer Verbringung nach Moskau inhaftiert waren.⁵

Seitens der französischen Besatzungsmacht waren vorerst die einzelnen Abteilungen des »Service de renseignements« (SR) bei den einzelnen Waffengattungen des Militärs, die »Sûreté militaire« (SM), die Feldgendarmerie (»Gendarmerie prévôtale«), die im speziellen für Österreich zuständige »Direction des recherches en Autriche« (DRA) und die 1944 gegründete »Direction générale des études et recherches« (DGER) in Österreich im Einsatz. Später kamen Aktivitäten der »Sûreté nationale«, die dem französischen Innenministerium unterstellt war, hinzu. Im Jahr 1946 faßte das unter Charles de Gaulle gegründete »Service de documentation extérieure et de contre-espionage« (SDECE), die Nachfolgeorganisation des DGER und der Vorläufer der 1982 gegründeten »Direction générale de la sécurité extérieure« (DGSE), in Österreich Fuß.⁶

Die britische Besatzungsmacht war ebenfalls mit mehreren Diensten präsent. Die »Field Security Section« (FSS), die britische Militärpolizei und die »Internal Affairs Division« mit Sitz in Wien-Schönbrunn sollten vor allem die Spionageabwehr und die Aufrechterhaltung der Sicherheit innerhalb der britischen Besatzungszone ge-

währleisten. Informationsbeschaffung und -auswertung fielen unter anderem in die Zuständigkeit der »Special Operations Executive« (SOE, aufgelöst 1946) beziehungsweise deren Nachfolgers, des »Secret Intelligence Service« (SIS).⁷

Für die Thematik der in Moskau hingerichteten Österreicher besonders interessant sind die amerikanischen Nachrichtendienste. Hier waren unter anderem das »Office of Strategic Services« (OSS) bis zu seiner Auflösung 1945, die »Strategic Service Unit« (SSU) und das 430. Department des »Counter Intelligence Corps« (CIC), der dem militärischen Nachrichtendienst G-2 unterstellt war, von Relevanz. Die 1947 gegründete »Central Intelligence Agency« (CIA) faßte gegen Ende der vierziger Jahre in Österreich Fuß.⁸

Die Zielsetzungen der Nachrichtendienste der vier Besatzungsmächte waren sich sehr ähnlich: In den ersten Nachkriegsjahren lag das Hauptaugenmerk auf Entnazifizierung und Auffindung von NS-Kriegsverbrechern. Zu diesem Zweck rückte auch die Überwachung der Lager für sogenannte »Displaced Persons« (speziell seitens des französischen SR) in den Vordergrund.⁹ Als sich Ende der vierziger Jahre der Gegensatz zwischen den westlichen Besatzungsmächten und der Sowjetunion abzuzeichnen begann, bekam die Überwachung der sowjetischen Besatzungsmacht respektive umgekehrt immer größere Priorität. Als Beispiel hierfür sind die Aktivitäten des CIC zu sehen, der versuchte, durch Befragungen aus der Sowjetunion heimkehrender, österreichischer Kriegsgefangener oder durch Überwachung und Infiltration der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) an Informationen über die wirtschaftliche, politische und militärische Lage der Sowjetunion zu gelangen.¹⁰ Im Gegenzug führten diese Bestrebungen logischerweise zu einer Intensivierung der Aktivitäten der sowjetischen



Johann Groissl, Informant des CIC wie auch sowjetischer Dienste. Bild: CA FSB, Moskau.

hatten also Zugang zu deren Gebäuden und Kontakt zu den dort arbeitenden Militärangehörigen. Der dritte, sehr wichtige Faktor war die damals sehr hohe Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende finanzielle Notlage, in der sich viele Österreicher befanden. Aus den Gnadengesuchen der in Moskau hingerichteten Österreicher an den Obersten Sowjet der UdSSR geht hervor, daß die finanziellen Zuwendungen, die diese Personen für die Lieferung der beschafften Informationen von den jeweiligen westlichen Diensten erhielten, in der Mehrzahl der Fälle das Hauptmotiv für ihre Tätigkeit darstellten. Für die ausländischen Nachrichtendienste war diese Maßnahme mit nur geringfügigem finanziellen Aufwand verbunden, und die Informanten konnten so das Geld verdienen, das für sie oftmals lebensnotwendig war.

In Moskau hingerichtete Österreicher und in Österreich Verurteilte

Daß sich die auf diese Weise Angeworbenen durch ihre Tätigkeit auf gefährliches Terrain begaben und daß ihre Aktivitäten schwere Konsequenzen bis hin zur Todesstrafe nach sich ziehen konnten, war ihnen in dieser Situation zumeist einfach nicht bewußt; zum Teil deshalb, da sich der mögliche Strafraum bei einer Verurteilung wegen Spionage während der Jahre 1945 bis 1955 mehrmals änderte. Hatte bis zum Mai 1947 eine Verurteilung wegen Spionage noch oftmals die Todesstrafe zur Folge, so wurde letztere am 26. Mai 1947 vom Präsidium des Obersten Sowjets per Erlaß abgeschafft. Bis zum Jahr 1950 galten somit 25 Jahre Haft als Höchststrafe. Am 9. Jänner 1950 allerdings wurde die Todesstrafe im Strafgesetzbuch der RSFSR (UK RSFSR) wieder als Höchststrafe bei Verurteilung wegen Spionage, Vaterlandsverrat oder »subversiver Diversion« eingeführt. Dies bedeutete, daß zwischen Juni 1947 und Jänner 1950 wegen Spionage Verurteilte das Glück

Spionageabwehr, um dieses Sammeln von Informationen zu unterbinden.

Die Rekrutierung österreichischer Mitarbeiter

Genau dieser Gegensatz zwischen Ost und West war es auch, der zuerst zur Rekrutierung und in der Folge zur Verhaftung, Verurteilung und Exekution der in Moskau hingerichteten Österreicher führte. Viele der oben genannten Dienste warben aus verschiedenen Gründen österreichische Mitarbeiter und Informanten an, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Gründe für diese Rekrutierungen lagen erstens oft in der Arbeitsweise und Organisation der Dienste selbst. Das Personal der französischen »Sûreté nationale« zum Beispiel war auf seine Aufga-

ben im Österreich der Besatzungszeit nur äußerst unzureichend vorbereitet worden. Viele Mitarbeiter waren der deutschen Sprache nicht mächtig und hatten zudem nur unzureichende Kenntnisse in Bezug auf ihr Operationsgebiet.¹¹ Dazu kam die bei den französischen und amerikanischen Diensten herrschende Personalknappheit, da große Teile des Personals nach dem Kriegsende Schritt für Schritt abgezogen wurden. Im Fall der amerikanischen Dienste wurde zwar versucht, die abgezogenen Mitarbeiter durch junge Offiziere zu ersetzen, dieser Versuch scheiterte aber an deren Unerfahrenheit und mangelnder Ausbildung.¹²

Zweitens arbeiteten während der Besatzungszeit viele Österreicher für verschiedene Einrichtungen der vier Besatzungsmächte,



Links: Sowjetisches Gefängnis im Nicoladoni-Haus in Baden bei Wien, Schimmergasse 17. Bild: Stadtarchiv Baden. – Rechts: Josef Grestenberger, Informant des CIC und sowjetischer Dienste. Bild: NARA, Washington D. C.

hatten, zu »nur« 25 Jahren Haft verurteilt werden zu können. Für die zwischen 1950 und 1953 wegen Spionage verurteilten Österreicher bedeutete die zweite Gesetzesänderung allerdings die Hinrichtung in Moskau.¹³ Anhand der Gnadengesuche und deren Ablehnungen, die im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) in Moskau aufbewahrt werden, konnte im Rahmen des Forschungsprojektes *Verschleppt und erschossen* des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung das Schicksal von 104 Österreichern beziehungsweise in Österreich verurteilten Personen rekonstruiert werden.¹⁴ In weiterer Folge konnten diese Unterlagen durch Materialien aus dem Russisch-Staatlichen Militärarchiv (RGVA) und dem Zentralarchiv des FSB (CA FSB) in Moskau ergänzt werden.

Wertet man diese Materialien zu den 104 in Moskau Hingerichteten aus, so ergibt sich ein interessantes Bild. Von den von westlichen Nachrichtendiensten angeworbenen und von sowjetischen Spionageabwehr-Organen verhafteten Personen spionierten laut Angaben des Obersten Gerichtshofs der UdSSR 13 für französische, 16 für britische und 62 für amerikanische Dienste. Weitere

11 zum Tode verurteilte Personen wurden entweder wegen Spionage für Österreich (1), die Schweiz (1), die BRD (2), Jugoslawien (5) oder, im nachhinein, für NS-Deutschland (2) verurteilt. Dazu kamen zwei Personen, die wegen Desertion und Landesverrat die Höchststrafe erhielten. Anhand der statistischen Auswertung wird klar, daß ein Großteil (59 Prozent) der Hingerichteten Informationen an amerikanische Dienste weitergab. 45 dieser 62 Personen arbeiteten wiederum laut sowjetischen Angaben für den CIC-430.¹⁵

Die Aufgaben, die diese Personen durchzuführen hatten, waren breit gestreut. Die Nachrichtendienste der westlichen Besatzungsmächte waren vor allem an wirtschaftlichen und militärischen Informationen bezüglich der sowjetischen Besatzungszone in Österreich und der Sowjetunion im Allgemeinen interessiert. Die Aufträge reichten vom Notieren der Autonummern sowjetischer Militärfahrzeuge über die Beobachtung von Eisenbahntransporten sowjetischen Militärgeräts bis zum Auskundschaften und Fotografieren sowjetischer Militärstützpunkte und Betriebe der USIA und SMV in Österreich oder dem Verteilen rus-

sischsprachiger Flugblätter mit antisowjetischer Propaganda nahe Stützpunkten der sowjetischen Besatzungsmacht. Auch die erwähnte große Zahl von Displaced Persons in Österreich war für die Dienste von großem Interesse. So erhielten einige angeworbene Österreicher den Auftrag, aus der Sowjetunion heimgekehrte Kriegsgefangene ausfindig zu machen und über die wirtschaftliche und politische Lage in der Sowjetunion zu befragen.¹⁶

Rekrutierung und Führung der Informanten sowie deren Methoden, um an die gewünschten Informationen zu kommen, waren ebenfalls sehr unterschiedlich. Wie Informanten rekrutiert, ihre Aktionen koordiniert und die Informantennetzwerke seitens der sowjetischen Spionageabwehr ausgehoben wurden, zeigt sich anhand zweier Beispiele: Die Aktivitäten und die Aushebung des Informantennetzwerks um den Informanten Johann Groissl und die Rolle der KPÖ als Spionageziel beziehungsweise die Beteiligung einiger ihrer Mitglieder an Aktionen der sowjetischen Spionageabwehr.

Das Informantennetzwerk um Johann Groissl

Die Informantengruppe um Johann Groissl war eine der größten, deren Aktivitäten in den zugänglichen Unterlagen des GARF und des CA FSB rekonstruierbar sind. Groissls »Karriere« im amerikanischen CIC begann bereits relativ früh, im Jahr 1944, als er in amerikanischer Kriegsgefangenschaft von letzterem angeworben wurde. Als er zwei Jahre später, 1946, nach Österreich zurückkehrte, endete auch seine Tätigkeit für den CIC, bis er laut eigenen Angaben 1948 reaktiviert wurde. Er und ein zweiter Informant des CIC, der bereits 1946 angeworbene Otto Schwab, begannen nun mit dem schrittweisen Aufbau eines Informantennetzwerks, das von Groissl und Schwab im Auftrag des CIC geführt wurde.¹⁷ Bis zum Jänner 1951 wurden einerseits von Groissl und Schwab selbst Informanten zur Informationsbeschaffung für den CIC angeworben, andererseits wurden



auch von amerikanischen CIC-Mitarbeitern selbst Personen in Österreich angeworben und Groissls Führung unterstellt. Anfang 1951 bestand die Gruppe, die ihre Anweisungen von Groissl und Schwab erhielt und die gesammelten Informationen an sie weiterleitete, bereits aus vermutlich mehr als zwanzig Personen.¹⁸ Die Informationen, die diese Gruppe sammelte, waren vielfältig: Neben wirtschaftlichen Informationen über die USIA und die SMV sammelte die Gruppe auch Angaben über sowjetische Militäreinheiten in Wien und über sowjetische Truppenbewegungen per Bahn sowie Mate-

rial über politische Schulungen der KPÖ.

Die Enttarnung der Gruppe durch die sowjetische Spionageabwehr begann im Februar 1950 mit der Verhaftung von Kurt Zofka. Er war erst drei Monate zuvor, im Dezember 1949, von Groissl und Schwab angeworben worden. Am 9. Februar 1950 verübte er gemeinsam mit ihnen einen Einbruch in die Bezirkszentrale der KPÖ im 10. Wiener Gemeindebezirk, konnte aber aufgrund eines Mißgeschicks bereits am nächsten Tag von der österreichischen Polizei ausgeforscht und verhaftet werden, welche ihn sofort an die sowjetische Besatzungs-

macht übergab.¹⁹ Dies brachte die sowjetische Spionageabwehr offenbar auf die Spur der Gruppe, stand Zofka doch in direktem Kontakt zum zentralen Mann der Gruppe, Groissl. Es scheint, daß Zofka Groissl an die sowjetischen Nachrichtendienste verriet, denn drei Monate später, im Mai 1950, arbeitete Groissl nachweislich auch für sowjetische Dienste. Dies führte Groissl in einem seiner Gnadengesuche an den Obersten Sowjet der UdSSR auch an. Von sowjetischer Seite wurde dies in der Ablehnung seines Gnadengesuchs bestätigt, wobei dieser Umstand aber so ausgelegt wurde, daß Groissl als Doppelagent fungiert und den sowjetischen Behörden somit geschadet hatte.²⁰ Groissl wurde nach seiner Enttarnung noch nicht verhaftet, sondern allem Anschein nach dazu benutzt, auch die übrigen Angehörigen seines Informantennetzwerks zu ermitteln.

Bereits zwei Monate vor der Kooperation Groissls mit sowjetischen Stellen war auch die zweite zentrale Figur des Netzwerkes, Otto Schwab, ins Visier der sowjetischen Spionageabwehr geraten. Ende März 1950 hatte ein Informant Schwabs, Josef Grestenberger, ebenfalls begonnen, mit sowjetischen Nachrichtendiensten zusammen zu arbeiten. Laut eigenen Angaben tat er dies, weil ihm der CIC für die von ihm gelieferten Informationen zu wenig bezahlte.²¹ Ab diesem Zeitpunkt wurden beinahe alle zwei Monate Informanten dieses Netzwerkes verhaftet, bis im Januar 1951 Grestenberger und im März 1951 Groissl verhaftet wurden.²² Nach der Festnahme Groissls führten Schwab und ein Informant namens Erich John die Arbeit des Netzwerkes noch weiter, bis beide im Jänner 1952 verhaftet wurden und die Gruppe ihre Arbeit einstellen mußte.²³

Ziel und Helfer – Die Rolle der KPÖ und einiger ihrer Mitglieder

Wie anhand der Informantengruppe Groissl bereits dargestellt wurde, gab es neben Informationen über sowjetische Wirtschaftsbetriebe und Militäreinheiten seitens des amerikanischen CIC großes Interesse an Angaben bezüglich der Kommunistischen Partei Österreichs, der KPÖ. Die Informationsbeschaffung über Aktivitäten und Mitglieder der KPÖ erhielt vor allem in jener Phase besonderes Gewicht, als sich der Gegensatz zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren westlichen »Partnern« zu vertiefen begann. Die KPÖ wurde als eine der Sowjetunion nahestehende Organisation in Österreich angesehen und so für westliche Nachrichtendienste, vor allem

für den CIC, zu einem wichtigen Operationsziel.²⁴ Betrachtet man die 104 Österreicher beziehungsweise in Österreich verurteilten Personen hinsichtlich einer möglichen Beziehung zur KPÖ, so zeigt sich, daß zwölf von ihnen (11,5 Prozent) Mitglieder der KPÖ waren. Weitere zwölf waren zwar nicht Mitglied dieser Partei, erhielten aber vom CIC Aufträge, die sich auf die KPÖ bezogen. Von diesen 24 Personen arbeiteten 21 für den CIC, zwei für Frankreich, bei einem konnte der Auftraggeber nicht eindeutig geklärt werden. Das bedeutet, daß fast ein Viertel der in Moskau hingerichteten Personen in einer Verbindung zur KPÖ stand und Informationen über sie weitergab, zum Großteil an den amerikanischen CIC-430.

Anhand der verfügbaren Unterlagen zu den in Moskau hingerichteten Österreichern mit Verbindung zur KPÖ wird klar, daß für den CIC vor allem Informationen bezüglich Aktivitäten der KPÖ und Mitgliederlisten interessant waren. So diente der bereits erwähnte, von Groissl, Schwab und Zofka verübte Einbruch in die KPÖ-Bezirkszentrale in Wien laut der sowjetischen Spionageabwehr dazu, die Mitgliederkartei dieses Bezirks zu entwenden.²⁵ Seltener, in drei Fällen, wird der Versuch erwähnt, Veranstaltungen der KPÖ zu sabotieren, und in nur einem Fall ist von einem Attentat auf den KPÖ-Parteivorsitzenden Johann Koplenig die Rede: Attentatspläne, die laut sowjetischen Angaben wenige Tage vor ihrer Ausführung verhindert werden konnten.²⁶

Betrachtet man einige der 24 erwähnten Fälle, zum Beispiel den von Kurt Zofka, näher, ergibt sich ein weiterer, wichtiger Zusammenhang. Zofka wurde laut Zeitungsberichten von der österreichischen Polizei ausgeforscht und verhaftet, kurz nach der Verhaftung aber der sowjetischen Besatzungsmacht ausgeliefert.²⁷ Eine Vorgehensweise, die immer wieder auf Kritik österreichischer Behörden und Zeitungen stieß und zudem laut dem 2. Kontrollabkommen vom 26. Juni 1946 äußerst fragwürdig war. Die Besatzungsmächte behielten sich zwar in diesem Abkommen das Recht vor, bei bestimmten Delikten wie Verbrechen gegen die Besatzungsmacht oder Ermittlungen gegen Kriegsverbrecher ohne Beteiligung österreichischer Organe zu handeln, eine Verhaftung durch Organe der Besatzungsmacht aber verbot das Kontrollabkommen, offiziell mußten bei einer solchen immer österreichische Stellen hinzugezogen werden. Inwiefern eine solche Hinzuziehung in ausreichendem Maße gegeben war, wenn von der österreichischen Polizei Ver-

haftete umgehend der sowjetischen Besatzungsmacht übergeben wurden, erscheint fraglich.²⁸

Ähnlich wie bei Zofka verlief auch die Verhaftung von Maria Subatsch, die ebenfalls in Moskau hingerichtet wurde. Sie war 1944 gemeinsam mit einem deutschen Offizier nach Wien gekommen und arbeitete hier als Dolmetscherin für die sowjetische Besatzungsmacht, eine Tätigkeit, die sie für den CIC interessant machte, der sie 1949 als Informantin rekrutierte. Sie wurde im Oktober 1950 von einem österreichischen Polizisten namens Miroslav Cmejrek, der zudem Mitglied der KPÖ war, verhaftet und unmittelbar nach der Verhaftung an einen sowjetischen Offizier übergeben. Dies wurde aber von Zeugen beobachtet, weshalb Cmejrek wenige Tage nach dem Verschwinden von Maria Subatsch selbst verhaftet und in weiterer Folge wegen Menschenraubs angeklagt und von einem österreichischen Gericht verurteilt wurde.²⁹ In diesem Fall hatte sich die sowjetische Spionageabwehr eines österreichischen Polizisten, der zudem Mitglied der KPÖ war, bedient, um die Verhaftung vorzunehmen. Bei weiteren elf der erwähnten 104 Fälle finden sich Hinweise darauf, daß auch hier die Festnahmen von österreichischen Polizisten vorgenommen und die Verhafteten danach der sowjetischen Besatzungsmacht übergeben wurden. Der Zusammenhang mit der KPÖ ergibt sich ferner dadurch, daß seit dem Kriegsende 1945 viele der KPÖ nahestehende Personen in der österreichischen Polizei Dienst versahen, eingestellt vom Innenminister der Provisorischen Regierung Karl Renner und Mitglied der KPÖ, Dr. Franz Honner. Obwohl nach dem schlechten Wahlergebnis für die KPÖ bei den Nationalratswahlen vom November 1945 dieser Ministerposten an Oskar Helmer von der SPÖ ging, blieb ein Großteil der KPÖ-nahen Polizeibeamten im Dienst, bis einige von ihnen 1951 als Konsequenz der Oktoberunruhen von 1950 gekündigt wurden. Viele der in höheren Positionen eingesetzten KPÖ-nahen Beamten blieben aber bis zum Staatsvertrag 1955 im Amt.³⁰ Es erscheint plausibel, daß sich sowjetische Organe der Spionageabwehr dieser Kader bedienten, um in ihrem Interesse liegende Aktionen durchzuführen. Mitglieder der KPÖ spielten demzufolge in bezug auf die in Moskau hingerichteten Österreicher beziehungsweise in Österreich Verurteilten eine zweifache Rolle: Zum einen waren sie Opfer der durchgeführten Spionageaktionen, zum anderen waren einige von ihnen aber auch Helfer der sowjetischen Gegenspionage.

Schlußfolgerungen

Abschließend kann festgestellt werden, daß in den letzten Jahren vor Stalins Tod, 1950 bis 1953, 104 Österreicher beziehungsweise in Österreich Verurteilte Opfer mehrerer Umstände wurden. Erstens gerieten sie im beginnenden Gegensatz zwischen Ost und West und den daraus resultierenden nachrichtendienstlichen Aktionen zwischen die Fronten. Zweitens waren sie aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage und der damit zusammenhängenden Arbeitslosigkeit in Österreich leicht mittels Versprechung von Geldzahlungen dazu zu bewegen, nachrichtendienstliche Tätigkeiten aufzunehmen. Und drittens waren sie sich der Konsequenzen, die aus ihren Handlungen entstehen konnten, nicht bewußt. Sie dachten nicht daran, aufgrund zum Beispiel des Notierens von Autonummern oder des Verteilens von russischsprachigen Flugblättern wegen Spionage verhaftet und verurteilt zu werden. Zudem war ihnen die 1950 erfolgte Gesetzesänderung, die die Todesstrafe ins Strafgesetzbuch der RSFSR wieder aufnahm, offenbar nicht bekannt. Sie unterschätzten damit das Risiko ihrer Tätigkeit vollkommen.

Die Beispiele des Informantennetzwerks um Johann Groissl sowie die Verbindungen der KPÖ und ihrer Mitglieder zu diesen 104 Personen vermitteln einen Eindruck davon, welche Rolle Österreicher in den Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste auf dem Gebiet Österreichs während des beginnenden Kalten Krieges spielten. Sie waren zum einen Informanten und Kundschafter, zum anderen aber auch Hilfskräfte der Spionageabwehr. In diesen Fällen kann somit Irnbergers These, die Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste in Österreich hätten Österreich nicht direkt betroffen, als nicht ganz zutreffend betrachtet werden. Die hier geschilderten Aktivitäten betrafen Österreich, denn Österreicher wurden durch sie zu den letzten Opfern Stalins.

Anmerkungen

- * Dieser Artikel basiert auf dem Forschungsprojekt *Verschleppt und erschossen. Stalins letzte Opfer* des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, gefördert vom Zukunftsfonds der Republik Österreich und der Steiermärkischen Landesregierung. Die Endergebnisse wurden publiziert: Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Hg.), *Stalins letzte Opfer. Verschleppte und erschossene Österreicher in Moskau 1950–1953*, Wien/München 2009; vgl. Barbara Stelzl-Marx, Das Militärtribunal des Truppenteils 28990. Sowjetische Todesurteile in Österreich, in: Arsenij Rohinskij/Frank Drauschke/Anna Kaminsky (Hg.), *»Erschossen*

- in Moskau...». *Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953*, Berlin 2008, 91–100.
- Harald Irnberger, *Nelkenstrauß ruft Praterstern. Am Beispiel Österreich: Funktion und Arbeitsweise geheimer Nachrichtendienste in einem neutralen Staat*, Wien 1983, 34 f.; Kid Möchel, *Der geheime Krieg der Agenten. Spionagedrehscheibe Wien*, Hamburg 1997, 9–16.
 - Irnberger, Nelkenstrauß (Anm. 1), 26.
 - Vgl. A. I. Kokurin/N. V. Petrov, *Lubjanka. Organy VČK–OGPU–NKVD–NKGB–MGB–MVD–KGB 1917–1991. Spravočnik*, Moskau 2003, 139–140.
 - An dieser Stelle sei besonders auf die publizierten Memoiren eines GRU-Mitarbeiters verwiesen, der von 1947 bis 1955 bei der Zentralen Gruppe der Streitkräfte (CGV) in Österreich tätig war: Vitalij Nikol'skij, *GRU v gody velikoj otečestvennoj vojny. Gerol'nevskogo fronta*, Moskau 2005, insbesondere 212–304.
 - Vgl. Nikita Petrov, Die militärische Spionageabwehr in Österreich und die Todesstrafe. Struktur, Funktionen, Praxis, in: Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Hg.), *Stalins letzte Opfer. Verschleppte und erschossene Österreicher in Moskau 1950–1953*, Wien/München 2009, 79–96; Vasilij Christoforov, Kalter Krieg und sowjetische Spionageabwehr in Österreich. Todesurteile im Spiegel von Archivdokumenten, in: ebenda, 141–155.
 - Klaus Eisterer, *Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46*, Innsbruck 1991, 169–172; Pierre Jardin, Französischer Nachrichtendienst in Deutschland in den ersten Jahren des Kalten Krieges, in: Wolfgang Krieger/Jürgen Weber (Hg.), *Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges*, München/Landsberg am Lech 1997, 103–118.
 - Felix Schneider, Zur Tätigkeit des militärischen Geheimdienstes FSS und des Public Safety Branch in Graz 1945–1947, *Historisches Jahrbuch der Stadt Graz* 25 (1994), 215–233; vgl. Nigel West, *Historical Dictionary of British Intelligence*, Lanham/Toronto/Oxford 2005.
 - Siegfried Beer, Monitoring Helmer. Zur Tätigkeit des amerikanischen Armeegeheimdienstes CIC in Österreich 1945–1950. Eine exemplarische Dokumentation, in: Emil Brix/Thomas Fröschl/Josef Leidenfrost (Hg.), *Geschichte zwischen Freiheit und Ordnung. Gerald Stourzh zum 60. Geburtstag*, Graz/Wien/Köln 1991, 229–259, hier 229–234; Michael A. Turner, *Historical Dictionary of United States Intelligence*, Lanham/Toronto/Oxford 2005, 42 f. Zu den in Österreich während der Besatzungszeit aktiven Nachrichtendiensten vgl. Harald Knoll/Dieter Bacher, Nachrichtendienste und Spionage im Österreich der Besatzungszeit, in: Stalins letzte Opfer (Anm. 5), 157–168.
 - Vgl. Eisterer, Besatzungspolitik (Anm. 6), 169–172; Jardin, Nachrichtendienst (Anm. 6), 103–118.
 - Ian Sayer/Douglas Botting, *America's secret Army. The untold story of the Counter Intelligence Corps*, London/Glasgow 1989, 275 f.
 - Eisterer, Besatzungspolitik (Anm. 6), 169–172.
 - Vgl. Sayer/Botting, *America's secret Army*, (Anm. 10).
 - Vgl. Barbara Stelzl-Marx, Verschleppt und erschossen. Zur Einleitung, in: Stalins letzte Opfer (Anm. 5), 21–78; Harald Knoll/Barbara Stelzl-Marx, Sowjetische Strafjustiz in Österreich. Verhaftungen und Verurteilungen 1945–1955, in: Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Band 1: Beiträge*, Graz/Wien/München 2005, 275–321. Zu Verhaftungen und Verschleppungen in der Steiermark vgl. Stefan Karner/Peter Ruggenthaler/Barbara Stelzl-Marx, Die sowjetische Besatzung in der Steiermark 1945. Zur Einleitung, in: Stefan Karner/Othmar Pickl (Hg.), *Die Rote Armee in der Steiermark. Sowjetische Besatzung 1945*, Graz 2008, 9–42, insbesondere 29.
 - Relevant war hierbei der Bestand 7523, von diesem vor allem die Verzeichnisse 66 und 76.
 - Vgl. Martin Florian/Harald Knoll, Statistische Angaben über die Opfer aus Österreich, in: Stalins letzte Opfer (Anm. 5), 607–619.
 - Vgl. Edith Petschnigg, Stimmen aus der Todeszelle. Kurzbiographien der Opfer, in: ebenda, 301–604; Walter Iber, Wirtschaftsspionage für den Westen. Erdölarbeiter im Spannungsfeld des Kalten Krieges, in: ebenda, 169–188.
 - GARF, F. 7523, op. 76, d. 74, Stellungnahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Johann Groissl, 31.12.1951, 41–45; GARF, F. 7523, op. 76, d. 95, Stellungnahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Erich John und Otto Schwab, 28.5.1952, 42–45; Petschnigg, Todeszelle (Anm. 16), 389–391, 420–425, 521–523.
 - GARF, F. 7523, op. 76, d. 74, Stellungnahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Johann Groissl, 31.12.1951, 41–45. Anhand der vorliegenden sowjetischen Quellen ist es leider nicht möglich, eine genaue Zahl zu nennen. Offensichtlich konnten nicht alle Informanten dieser Gruppe von der sowjetischen Spionageabwehr ausgeforscht werden. In der Ablehnung des Gnadengesuchs von Groissl wird lediglich angemerkt, daß allein der von Groissl direkt geführte Teil der Gruppe zwanzig Personen umfaßte. Über einen Kontaktmann Groissls ergibt sich zudem eine Verbindung zum Fall Margarethe Ottlinger, vgl. Stefan Karner, *Geheime Akten des KGB. »Margarita Ottlinger«*, Graz 1992.
 - N. N., Die kommunistischen Meisterdetektive von Favoriten, *Arbeiter-Zeitung*, 12.2.1950, 3; GARF, F. 7523, op. 66, d. 119, Stellungnahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Kurt Zofka, 21.11.1950, 107–109; Petschnigg, Stimmen aus der Todeszelle (Anm. 16), 583–585.
 - GARF, F. 7523, op. 76, d. 74, Stellungnahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Johann Groissl, 31.12.1951, 43.
 - Ebenda, Stellungnahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Josef Grestenberger, 16.5.1951, 8; Petschnigg, Stimmen aus der Todeszelle (Anm. 16), 381–384.
 - Ebenda, 6; GARF, F. 7523, op. 76, d. 74, Stellungnahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Johann Groissl, 31.12.1951, 43.
 - GARF, F. 7523, op. 76, d. 95, Stellungnahme des Obersten Gerichts zu den Gnadengesuchen von Otto Schwab und Erich John, 28.5.1952, 42–45.
 - Vgl. Siegfried Beer, Von Alfred Redl zum »Dritten Mann«. Österreich und ÖsterreicherInnen im internationalen Geheimdienstgeschehen 1918–1947, *Geschichte und Gegenwart* 16 (1997), 3–25, hier 23; Siegfried Beer, Target Central Europe. American Intelligence Efforts Regarding Nazi Early Postwar Austria 1941–1947, in: *Working Papers in Austrian Studies*, Minneapolis 1997, 5; online unter: <http://www.cas.umn.edu/pdf/wp971.pdf>. Dieter Bacher, Die KPÖ und sowjetische Nachrichtendienste. Zweiseitige Kontakte im frühen Kalten Krieg, in: Stalins letzte Opfer (Anm. 5), 189–203.
 - GARF, F. 7523, op. 76, d. 74, Stellungnahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Johann Groissl, 31.12.1951, 41–45; Petschnigg, Stimmen aus der Todeszelle (Anm. 16), 389–391.
 - Ebenda, Stellungnahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Josef Szatlukal, 3.1.1952, 1–5; CA FSB P. 48349, Urteil des Obersten Gerichtshofs im Fall Josef Szatlukal, 51–56; Petschnigg, Stimmen aus der Todeszelle (Anm. 16), 551–554. Da auf diese Attentatspläne aber nur von sowjetischer Seite hingewiesen wird und Szatlukal selbst weder in den vorhandenen Verhörprotokollen noch in seinem Gnadengesuch an den Obersten Sowjet auf dieses Attentat Bezug nimmt, zudem Attentatsplanungen seitens des CIC–430 nicht belegbar sind, muß diese Anschuldigung äußerst kritisch hinterfragt werden.
 - GARF, F. 7523, op. 66, d. 119, Stellungnahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Kurt Zofka, 21.11.1950, 107–109; Petschnigg, Stimmen aus der Todeszelle (Anm. 16), 583–585.
 - Vgl. Ulrike Wetz, *Geschichte der Wiener Polizeidirektion vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1955. Mit Berücksichtigung der Zeit vor 1945*, Phil. Diss., Universität Wien 1970, 348–365; Manfred Rauchensteiner, *Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung*, Wien 2005, 96 f.
 - GARF, F. 7523, op. 76, d. 23, Stellungnahme des Obersten Gerichts zum Gnadengesuch von Maria Subatsch, 7.5.1951, 88–91; Petschnigg, Stimmen aus der Todeszelle (Anm. 16), 541–545; N. N., Der KP-Polizist Cmejrek als Menschenräuber, *Arbeiter-Zeitung*, 7.7.1951, 3.
 - Wetz, Polizei-Direktion (Anm. 28), 408–421.

Mag. Dieter Bacher, Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Schörgelgasse 43, A-8010 Graz, dieter.bacher@bik.ac.at
Mag. Harald Knoll, Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Schörgelgasse 43, A-8010 Graz, harald.knoll@bik.ac.at